

Dworak zu Finanzierung Kinderbetreuung

„140 Millionen müssen es sein!“

Seiten 4 & 5



TERNITZ - die größte Stadt im Bezirk Neunkirchen, Heimat von NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak, prosperierendes Industrie-, Bildungs- und Sportzentrum, steht heute im Fokus der KI Orts-Reportage - ab S. 24. Foto: Stadtgemeinde Ternitz

Starker Sommerabend

Besucheransturm beim mittlerweile traditionellen Sommer-Come-Together des GVV. Diesmal wieder im Kulinarium Kuefstein, St.Pölten – ab Seite 6.

Starke Frau

Heidi Schoberberger ging schon auf die 50 zu als sie sich zu einer Karriere mit Lehre entschloss. Und das mit nachhaltigem Erfolg – ab S. 10.

Starkes Interview

Landespartei-Geschäftsführer Bgm. Wolfgang Kocevar stellt sich im Interview u.a. Fragen zur Strukturreform und den GRW 2020 – ab Seite 18.



TIPP:
kostenlose
Energieberatung
unter
0800 800 333

Seien
Sie
dabei!

E-TEAM

Lernen Sie jetzt Ihren regionalen EVN Energieberater kennen!

Egal, ob Sie bauen, sanieren oder Ihre Energiekosten senken möchten – unsere Profis geben Ihnen Tipps und helfen Ihnen dabei, jede Menge Geld zu sparen.

EVN Mehr auf evn.at/energieberatung

AUS DEM INHALT

- 5 Hohe Zufriedenheit mit KOPAK-Angebot**
Eine Umfrage unter SPNÖ-FunktionärInnen gibt dem NÖ GVV und seinem Bildungsangebot gute Noten.
- 6 Sommerabend in Rot**
Besucheransturm beim traditionellen Sommer-Event des NÖ GVV.
- 10 Starke Frau: Adelheid Schoberberger**
Sie war schon fast 50 als sie ihre Karriere und ihr Leben mit einer Lehre in Schwung brachte.
- 14 Starke Minderheit: Neidling**
Die Roten unter Maria Hromecek wollen bei der Gemeinderatswahl 2020 kräftig zulegen.
- 16 Christian Kern kommunal**
Der Bundesparteichef über Schwarz-Blau und die Konsequenzen für die Kommunalpolitik.
- 17 Die Jugend leidet unter mieser Infrastruktur**
... weil die Politik ihre Bedürfnisse nicht erkennt. Die Folge: Landflucht in die Ballungsräume.
- 18 Starkes Interview: Wolfgang Kocevar**
Der SPNÖ-LGF spricht u.a. über die Strukturreform und die Gemeinderatswahlen 2020.
- 24 Orts-Reportage: Ternitz**
Die ehemalige Stahlstadt avancierte zum Zentrum für Soziales, Bildung und Sport.
- 32 Der Gemeinde-Rat**
NÖ GVV-Juristin Mag.^a Sabine Blecha und andere ExpertInnen informieren in Rechtsfragen.



Bürgermeister
Rupert Dworak,
Präsident des NÖ GVV

Werte Gemeindevertreterin! Werter Gemeindevertreter!

Auf uns wartet ein heißer politischer Herbst. Zentrales Thema ist dabei die immer noch ausstehende Lösung zur Finanzierung der Kinderbetreuung. Denn die vom Bund zugestandenen 110 Millionen Euro sind für einen weiteren Ausbau viel zu wenig. Zurecht fordern wir daher, dass der Bund weiterhin 140 Millionen Euro für die Kinderbetreuung zuschießt und rasch eine neue 15a-Vereinbarung abgeschlossen wird.

Seltsam mutet mir nur an, dass sowohl die zuständige Landesrätin der ÖVP Niederösterreich als auch die Landeshauptfrau sich nicht den öffentlichen Forderungen der Landeshauptleute der westlichen Bundesländer angeschlossen haben. Eines ist klar: Wenn man von den Menschen verlangt, dass sie zwölf Stunden am Tag oder 60 Stunden in der Woche arbeiten, müssen die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen flexibler und mehr werden. Das ist aber nur durch mehr Geldmittel zu erreichen. Im salzburgerischen Pinzgau plant das Land sogar Modellprojekte zur Kinderbetreuung am Samstag und Sonntag!

Ein weiteres Thema, welches uns massiv beschäftigt, ist die EU-Wasser-Richtlinie. Dieses „Goldplating“ zur Gütekontrolle des Wassers würde die Überprüfungskosten für die Wasserversorger verzehnfachen! Nachdem Niederösterreich über beste Wasserqualität verfügt, lehnen wir das strikt ab, da die Kosten hierfür unsere Bürger und Bürgerinnen bezahlen müssten. Wie gesagt, wir erwarten einen heißen politischen Herbst.

Herzlichst

Rupert Dworak

Kinderbetreuung: flexibel, kostenfrei, top

Flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen sind Voraussetzung für die Erfüllung zweier zentraler Bedürfnisse der heutigen Zeit: Dafür, dass Eltern Beruf und Familienleben gut vereinbaren können und dafür, dass Kinder einen optimalen Start ins Bildungsleben haben.

Sarahs Mutter arbeitet in einem Krankenhaus im Waldviertel, ihr Vater pendelt nach Wien. Die Eltern sind darauf angewiesen, dass ihre fünfjährige Tochter tagsüber betreut wird. Doch das erfordert eine ausgeklügelte Logistik und eine hohe Bereitschaft von Familie und Freunden, die Eltern von Sarah zu unterstützen.

Sarah wird jeden Morgen von ihrer Mutter in den Kindergarten gebracht, der um sieben Uhr öffnet. Wenn der Kindergarten um ein Uhr schließt, arbeitet die Mutter von Sarah noch. Omas, der Opa und manchmal auch Freunde springen dann ein. Aber auch die Großeltern von Sarah sind berufstätig. Und viele Freundinnen arbeiten zumindest halbtags - einige würden gerne ihre Arbeitszeit aufstocken, wegen der fehlenden Nachmittagsbetreuung für ihre Kinder ist das nicht möglich. Das wirkt sich nicht nur auf das Familieneinkommen aus, sondern vor allem bekommen diese Frauen später einmal sehr viel weniger Pension.

„Gute Wirtschaft und ein soziales NÖ brauchen eine gute Kinderbetreuung. Deshalb wollen wir flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen, die sich an den Erfordernissen arbeitender Eltern orientieren“, erklärt der SPÖ NÖ-LV LHStv. Franz Schnabl: „Es ist höchste Zeit, die Familien organisatorisch und finanziell zu entlasten und ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen, die auch am Nachmittag kostenfrei sind. Die Eltern müssen die Wahlmöglichkeit



haben: Diese ist nicht gegeben, da Betreuungskosten monatlich mehrere hundert Euro ausmachen. Eltern mehrerer Kinder bleibt so unterm Strich kaum etwas, trotz höherem Arbeitsstundenausmaß.“

NÖ Kindergärten haben im Jahr 31,7 Schließtage, damit liegt unser Bundesland im unteren Mittelfeld. Knapp ein Viertel der NÖ Kinderbetreuungseinrichtungen bzw. ein Drittel der Kindergärten bieten gar keine Nachmittagsbetreuung an und nur 17,2% der Kindergärten haben nach 17 Uhr geöffnet.

LRin Ulrike Königsberger-Ludwig fordert durchgängige Öffnungszeiten - auch in Ferienzeiten - und ganztägig kostenlose Betreuung. „Auch wenn immer mehr Männer in Karenz gehen und sich an der Erziehung beteiligen, hängt immer noch der große Teil der Betreuungsarbeiten an den Frauen. Deshalb braucht es endlich echte Wahlmöglichkeiten: Mit einer kostenfreien Betreuung und ganztägigen Betreuungsplätzen, die dem Arbeitsleben entsprechen, stärken wir diese für alle Frauen und Männer.“

Dem Land NÖ müsse die Bildung

und Betreuung unserer Kinder etwas wert sein, die Kosten könnten nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. Dazu komme, dass auch PädagogInnen und BetreuerInnen dann auch besser entlohnt werden müssten. Auch das zweite verpflichtende Kindergartenjahr und ein klarer, bundesweiter Qualitätsrahmen sind längst überfällig.

Ab September kommt die Ausweitung des Arbeitstages auf zwölf Stunden, gleichzeitig sollen aber die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen gekürzt werden. „Dafür fehlt mir das Verständnis - von den ArbeitnehmerInnen wird verlangt, flexibler zu sein, aber mit diesen geplanten Kürzungen wird Eltern der Alltag noch mehr erschwert“, sagt der Präsident des sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbandes Rupert Dworak: „Die Anforderungen an den Ausbau der Kleinkindbetreuung und die flexibleren Öffnungszeiten steigen und gleichzeitig werden die Mittel stark zusammengekürzt. Man muss kein Mathematiker sein, um zu wissen, dass sich das nicht ausgehen wird.“ Es sei wichtig, dass die Regierung den gesellschaftlichen Ansprüchen nachkommt und dafür entsprechende Mittel bereitstellt. „Wenn Eltern arbeiten, dann muss es das Angebot einer optimalen Kinderbetreuung geben“, sagt Dworak, dem es ein wichtiges Anliegen ist, qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen, die auf die Bedürfnisse der Eltern ausgerichtet sind, in den NÖ Gemeinden anbieten zu können.

Foto: © Andrey Kuzmin - Fotolia.com



Ein mittlerweile schon bewährtes Gimmik aus dem KOPAK Online-Angebot: das Plakat zum Schulbeginn.

Danke, dass Sie VORSICHTIG FAHREN!

Maximilian Mustermann
Bürgermeister

Hier kommt der Ortsname

SPÖ

Gute Noten für GVV und KOPAK

Eine Umfrage unter Funktionären der SPÖ Niederösterreich im Frühjahr dieses Jahres hat ergeben:

- + rund 70 Prozent der Befragten haben das Schulungsangebot der KOPAK in Anspruch genommen
- + 60 Prozent der Befragten nutzen regelmäßig die Angebote auf KOPAK-Online.

Jeder Gemeindevandatar, jede Gemeindevandatarin der/die SPÖ-Mitglied ist und eine E-Mailadresse beim NÖ GVV hinterlegt hat, hat auch die Berechtigung und Möglichkeit das KOPAK-Online Angebot in Anspruch zu nehmen.

„Wir freuen uns natürlich sehr, dass unser Angebot von den MandatarInnen so gerne genutzt wird“, so NÖ GVV-Direktor StR Mag. Ewald Buschenreiter. Und der Direktor weiter: „Die Planungsarbeiten für die kommenden Gemeinderatswahlen haben bereits begonnen. Für den Erfolg bei diesen Wahlen ist es wichtig, sich jetzt schon in der Öffentlichkeit sichtbar bei verschiedensten Aktionen zu machen.“

Nun möchten wir unseren Fraktionen auch noch mit den ‚Ideen für deine Gemeinde‘ immer wieder Aktionen und Veranstaltungen präsentieren, die man in jeder Gemeinde einfach umsetzen kann.

Rechtzeitig mit den Planungsarbeiten zu beginnen, Aktivitätenpläne für die kommenden Wochen und Monate zu erarbeiten ist der erste Schritt - Analyse, Planung und Strategie sind der Schlüssel für einen Wahlerfolg.“

 <p>Merkur Treuhand Steuerberatung GmbH</p> <p>Partner in allen Steuerfragen Kommunal- und Immobilienexperte</p> <p>St. Veit-Gasse 50 1130 Wien Telefon +43 1 878 48 0 E-Mail office@merkur-treuhand.at www.merkurtreuhand.at</p>	 <p>Merkur Control Wirtschaftsprüfungsges.m.b.H.</p> <p>Abschlussprüfung und prüfungsnahe Beratung</p> <p>St. Veit-Gasse 50 1130 Wien Telefon +43 1 878 48 0 E-Mail office@merkurcontrol.at www.merkurcontrol.at</p>
---	--

Top: Mehr als 500 Gäste beim „Sommerabend in Rot“

Der mittlerweile schon traditionelle „Sommerabend in Rot“ des NÖ GVV ging heuer Ende Juni im wunderbaren Gartenambiente des Kulinarium Kufstein in Sankt Pölten über die Bühne.

Mit grandiosem Blick auf die Landeshauptstadt hatten diesmal mehr als 500 Gäste, mehrheitlich GemeindevandamentarInnen, die Möglichkeit, mit Landesparteivorsitzenden Landeshauptfrau-Stellvertreter Franz Schnabl, Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig sowie mit den NÖ GVV-Spitzen Präsident Bürgermeister Rupert Dworak und Direktor Stadtrat Ewald Buschenreiter in lockerer Atmosphäre zu plaudern und Anliegen vorzubringen.

Thematisch stand bei diesem Come-together schon die Gemeinderatswahl 2020 im Mittelpunkt.

NÖ GVV Präsident Rupert Dworak: „Nach der erfolgreich geschlagenen Landtagswahl haben wir uns

keine Ruhepause gegönnt und in der ersten Jahreshälfte voll weiter gearbeitet. Dabei ist uns gelungen, beim Kommunalgipfel 2018 ein herzeigbares Ergebnis und für die Gemeinden Planungssicherheit bis 2021 zu erzielen.

Natürlich haben wir auch bereits einen Grundstock für die Gemeinderatswahlen im Jahr 2020 gelegt, indem wir uns daran gemacht haben, alle Gemeinden genau zu analysieren - um danach punktgenau die nötigen Maßnahmen setzen zu können.

Und wenn man so viel arbeitet wie wir alle, dann darf man auch mal einen schönen Sommerabend wie heute gemeinsam verbringen, um ein bisschen zu feiern und sich

einmal richtig auszutauschen.“

Landesparteivorsitzender LH-Stv. Franz Schnabl: „Rupert Dworak und ich sind uns einig, die kommende Gemeinderatswahl 2020 für die niederösterreichische Sozialdemokratie erfolgreich zu schlagen. Der derzeitige SPÖ-Anteil bei Gemeinderatswahlen von rund 31 Prozent ist ein Faktor in diesem Land. Wichtige Städte und Orte werden von sozialdemokratischen BürgermeisterInnen geführt und für uns ist ganz klar, dass wir das nicht nur halten, sondern auch ausbauen wollen. Wir werden bei der Gemeinderatswahl ein kräftiges Zeichen dafür abgeben, dass man mit der Sozialdemokratie auch in Zukunft rechnen muss!“



Urgestein Ernst Höger als Hahn im Korb beim Landesfrauen-Führungsduo Elvira Schmidt (l.) und Anni Mitterlehner.



Auch die St. Pöltener Bgm. Matthias Stadler und Neo-NR Robert Laimer gaben Gastgeber Rupert Dworak die Ehre.

Fotos: NÖ GVV/Werner Jäger



Bild oben (v.l.): LH-Stv. Franz Schnabl, Präsident Rupert Dworak, Landesrätin Uli Königsberger-Ludwig, Direktor Ewald Buschenreiter - die SPÖ-Landesregierer stießen mit dem NÖ GVV-Führungsduo auf erfolgreiche Gemeinderatswahlen 2020 an. Bild unten: Geballte rote Frauenpower in Top-Stimmung beim Sommerabend in Rot.





Bild ganz oben links: Gute Stimmung bei Gästen und Gastgeber Rupert Dworak. Bild daneben: Direktor Ewald Buschenreiter sorgte persönlich für das Wohl der MandatarInnen. Mittlere Reihe, li.: Der Geburtstag von Präsidentengattin Andrea fiel genau auf den Sommerabend-Termin. Gatte Rupert Dworak, Franz Schnabl und Martin Peterl feierten das (u.a.) mit einem kleinen Tischfeuerwerk - NÖ GW-Fotograf Werner Jäger gelang ein toller Schnappschuss. Mittlere Reihe, re.: gut gelaunte BesucherInnen. Bild oben: Der Sommerabend in Rot ging vor einem schönen Sankt Pölten-Panorama über die Bühne.

Fotos: NÖ GW/Werner Jäger

Daheim in der Kultur- und Kruppstadt Berndorf

Jetzt
Wohnung
sichern!
www.baugenmoed.at

Die Baugenossenschaft Mödling realisiert in Berndorf – Hernsteiner-Strasse 42-44 – ein modernes und großzügiges Projekt mit gesamt 32 geförderten Wohnungen.

Das Projekt in der Übersicht:

- 32 geförderte Wohnungen von ca. 36 bis 90 m²
- Balkon oder Terrasse
- 48 PKW-Stellplätze
- ökologisches Heizsystem & Aufzug

BAUGENOSSENSCHAFT MÖDLING, www.baugenmoed.at
F. Buchberger-Gasse 9, 2340 Mödling
Telefon: 02236 / 46 301 oder verkauf@baugenmoed.at,





Adelheid Schoberberger, 53

Karriere mit Lehre - ab 50!

Sie war schon knapp 50 Jahre alt, als sie sich entschloss, eine Lehre zu beginnen. Noch dazu als Metalltechnikerin, also in einer traditionell männlich dominierten Sparte. Aber Heidi Schoberberger, die bis dahin ihr Leben lang als Hilfsarbeiterin gewerkt hatte, erteilte ihr „Weckruf“ als Teilnehmerin an der nö. Frauenakademie. Dort hat sie viel Selbstbewusstsein getankt und den Mut zu großen Veränderungen gefasst. Heute ist Schoberberger nicht nur Gesellin und somit gut bezahlte Facharbeiterin, sondern auch Stadträtin in Haag im Bezirk Amstetten.

Adelheid „Heidi“ Schoberberger erblickte am 23. Juni 1965 in St. Peter in der Au das Licht der Welt. Als viertes von insgesamt sechs Geschwistern und als erstes Mädchen. Ihr Vater Franz war Maurer und Nebenerwerbslandwirt. Er starb bereits 1994 mit nur 60 Jahren an Lungenkrebs. Da war er noch nicht einmal ein Jahr in Pension. Mama Maria hat nicht nur sechs Kinder zur Welt gebracht und aufgezogen, sondern auch die eigene Landwirtschaft besorgt. Sie starb 2015 im 86. Lebensjahr – ebenfalls an Krebs.

„Meine Geschwister und ich erlebten am Bauernhof eine ganz tolle, glückliche Kindheit. Wir hatten Kühe, Schweindln, Hühner, Hund, Katzen – das alles war für uns Kinder einfach nur wunderbar“, erinnert sich Heidi Schoberberger gerne.

Gleich nach der Hauptschule, im Sommer 1980, ist Heidi arbeiten gegangen. Als ungelernte Kraft zur Hemdenschneiderei Kreta in ihrem Heimatort. Aber schon drei Monate später ging der Betrieb in Konkurs. Am 1. Dezember dann schon der nächste Job als Hilfsarbeiterin bei der Firma Forster, ebenfalls in St. Peter. Dort

Fotos: privat

musste die 16-Jährige Tellwolle in Panele für Lärmschutzwände stopfen. Damals lief das alles ohne Handschuhe und Mundschutz. Ein juckender Horrorjob. Schoberberger: „Da hab ich mir gedacht: In dieser Firma werde ich nicht alt, das halt ich nicht aus.“ So kann man sich irren. Heute ist sie noch immer dort, seit satten 38 Jahren...

Eine treue Seele ist Schoberberger aber nicht nur im Job - sondern auch in Sachen Beziehung: Die große Liebe ihres Lebens hat Heidi schon im zarten Alter von 17 kennengelernt. Eine Freundin und Arbeitskollegin hatte sie zu einem SJ -Treffen in der Nachbargemeinde Weistrach mitgenommen. Dort traf Heidi auf den sechs Jahre älteren Gerhard Mayerhofer. Zwischen den beiden funkte es ziemlich rasch und sie kamen zusammen. Bald zog die Heidi zu Gerhard nach Stadt Haag – und sie sind immer noch ein Paar. Mehr noch, eine Familie. Denn 1994 kam Sohn Thomas zur Welt. Heute sind sie eine echte Metaller-Familie. Denn Gerhard (59) arbeitet bei SKF Wälzlager in Steyr und Sohn Thomas (24) ist Lkw-Mechaniker bei MAN in Steyr.

Eine wirklich treue Seele - in Sachen Beziehung und in Sachen Job

Und warum haben Heidi und Gerhard nicht geheiratet? Schoberberger: „Kurz bevor die damalige Heiratsprämie von 15.000 Schilling abgeschafft wurde, hat er mich gefragt, ob ich will. Aber ich hab gemeint: Nur wegen des Geldes heirate ich nicht – und dann hat er mich nie mehr gefragt.“ (lacht). Aber die Beziehung funktioniert auch ohne Trauschein – noch dazu viel besser, als so manche mit.

Bis zum Kind hat es dann doch mehr als zehn Jahre gedauert... „Wir waren damals sehr viel und sehr sportlich unterwegs. Vor allem in den Bergen, haben auch 4.000er in der Schweiz gemacht, waren Tourenschifahren und ich war noch dazu bei den Stocksützen sehr aktiv.“ Schoberberger ist hier „x-fache Landes- und Staatsmeisterin“. Aber ab den Nullerjahren haben Probleme mit den Knien Heidis sportliche Ambitionen ausgebremst. Dem Stocksport blieb sie allerdings als staatlich geprüfte Schiedsrichterin erhalten. Und bei den Haager Naturfreunden macht sie heute die Obmannstellvertreterin. Obmann ist ihr Gerhard.

Dabei war ihr die Sozialdemokratie nicht gerade in die Wiege gelegt. „Mein Vater war bei der ÖVP, aber zu Hause hat Politik nie eine Rolle gespielt. Erst ein wenig später, als mein älterer Bruder Fritz Obmann der Landjugend wurde. Aber damals wusste ich anfangs noch gar nicht, in welche Richtung die orientiert sind. Da sind dann auch die ersten politischen Gespräche entstanden. Wir waren ja kleine Bauern und schon damals hat man deutlich gespürt, dass da eine ziemliche Ungerechtigkeit herrscht, dass da einiges nicht passt.“

Ich hab dann durch meine Arbeit in der Stadt und durch Freunde, die bei der SPÖ-Jugend waren, immer besser die andere Seite, die sozialdemokratische Seite, kennen und schätzen gelernt. Und ich bin auch recht bald der Partei beigetreten.“ Dass Heidis Lebensmensch Gerhard aus einer tief roten Familie stammt, hat da sicher auch nicht unwesentlich mitgespielt. Und der Bruno Kreisky wurde sogar von Heidis Papa geschätzt. „Den hat er hoch gehalten, obwohl er eigentlich ein ÖVPLer war.“

Ich hab dann durch meine Arbeit in der Stadt und durch Freunde, die bei der SPÖ-Jugend waren, immer besser die andere Seite, die sozialdemokratische Seite, kennen und schätzen gelernt. Und ich bin auch recht bald der Partei beigetreten.“

Dass Heidis Lebensmensch Gerhard aus einer tief roten Familie stammt, hat da sicher auch nicht unwesentlich mitgespielt. Und der Bruno Kreisky wurde sogar von Heidis Papa geschätzt. „Den hat er hoch gehalten, obwohl er eigentlich ein ÖVPLer war.“

Anfang der 90er Jahre begann sich Heidi Schoberberger dann auch bei der SPÖ-Haag zu engagieren. 1995 kandidierte sie erstmals auf einer Liste für den Gemeinderat, „ganz hinten“. Und bei jeder folgenden Kandidatur rückte sie ein Stück weiter nach vorne. 2010 zog sie dann erstmals als Gemeinderätin in das Stadtparlament ein.

Was gefällt ihr an der Kommunalpolitik? Schoberberger: „Der enge und direkte Umgang mit den Menschen. Und dass man auf dieser politischen Ebene wirklich gut was bewirken kann.“

Ein echter Wendepunkt war 2013 der Besuch der nö. Frauenakademie. Hermine Freitag, beste Freundin und SPÖ-Stadtparteichefin in Haag, hatte sie dazu animiert. Die Frauenakademie hat Heidi Schoberbergers Leben massiv, positiv und nachhaltig verändert. „Ich bin dort viel selbstbewusster und selbstständiger raus gegangen. Ich habe mir Gedanken über meine berufliche Situation, meine Zukunft als Hilfsarbeiterin, gemacht und bald darauf meinen Chef gefragt, ob ich nicht die Lehre machen könnte. Der hat das erfreut begrüßt.“

Die Firma Forster gab ihr volle Unterstützung. Schoberberger musste sich nicht mit der Lehrlingsentschädigung abmühen, bekam während der Lehrzeit ihren bisherigen Lohn ausbezahlt. Einhalb Jahre der Lehrzeit wurden ihr aufgrund ihrer Erfahrungen im Job nachgesehen. Immerhin war sie schon als Schichtführerin tätig und hatte dabei bis zu 30 Leute unter ihr. Autoritätsprobleme gab es dabei niemals. Außerdem war sie schon seit 1989 als Betriebsrätin tätig.

Ihr Entschluss, mit knapp 50 Jahren noch eine

Das Trinkwasser ist ihr Stadtratsressort: Heidi Schoberberger (Bild ganz oben und oben) bei einer wasserreichen FF-Vorführung.

Lehre anzugehen, sorgte zwar bei einigen KollegInnen für Verwunderung („Warum tust du dir das in deinem Alter noch an?“), aber gleichzeitig für höchste Bewunderung in ihrem ganzen Umfeld. Besonders die eigene Familie war stolz, ermunterte und unterstützte sie nach Kräften.

Die Berufsschule absolvierte sie so: drei Wochen Arbeit, eine Woche Schulbesuch. In der Schule war die Adelheid Schoberberger natürlich auch eine Sensation, die Spätberufene in einer ehemaligen Männerdomäne. Junge Frauen gibt es ja dort mittlerweile auch schon.

„Praxis hatte ich ja mehr als genug. Meine Herausforderungen waren tatsächlich die Theorie und wieder das Lernen zu lernen“, plaudert Schoberberger aus der Schule. „Aber ich wurde von allen hervorragend unter-



stützt und habe mich deshalb dort auch wirklich wohl gefühlt. Trotzdem war ich vor der Prüfung extrem aufgeregt und heilfroh als alles gut vorbei war.“

Am 20. Oktober 2015 absolvierte sie ihre Lehrabschlussprüfung als Metalltechnikerin, Maschinenbautechnik. Jetzt ist sie Facharbeiterin und natürlich auch in die entsprechende Gehaltsklasse aufgestiegen. 2016 erfolgte dann der nächste, politische Karriereschritt. Heidi Schoberberger avancierte zur Stadträtin in Haag, Ressort Trinkwasser. Reizen noch andere politische Aufgaben?

Schoberberger: „Nein, mir gefällt die Kommunalpolitik total gut. Und engagierte Frauen sind wichtig für die Gemeindepolitik!“



Am Bild (v.l.): KommR Christian Klug (Vizepräsident), KommR Monika Retl (Vizepräsidentin), SPÖ NÖ-Vorsitzender LHStv. Franz Schnabl, SWV NÖ-Präsident KommR Thomas Schaden, die VizepräsidentInnen KommR Martina Klengl, KommR Herbert Kraus und KommR Mag. Werner Blum, Klubobmann LAbg. Reinhard Hundsmüller.

Partner der KMU und Gemeinden

Faire Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Einpersonenernehmen (EPU) und soziale Sicherheit für Selbstständige: Dafür setzt sich der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Niederösterreich (SWV NÖ) ein. Mit diesem Engagement ist er auch ein starker Partner der Gemeinden und ihrer Wirtschaftsbetriebe.

„Wir wollen faire Chancen für Klein- und Kleinstunternehmen sowie für EPU und kämpfen gegen jede Benachteiligung dieser Betriebe“, informiert der Präsident des Wirtschaftsverbandes NÖ, KommR Thomas Schaden. „Uns geht es im Interesse der kleinen Unternehmen und der Gemeinden aber auch um eine Stärkung der Wirtschaft in den Regionen.“

Mit 100 Funktionären ist der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband in den einzelnen Fachgruppen der Wirtschaftskammer NÖ tätig. Zu diesen BranchenexpertInnen des SWV NÖ zählen auch Gemeindevandatare, die sich entweder als UnternehmerInnen oder als VertreterInnen kommunaler Wirtschaftsbetriebe für ihre Branchen einsetzen.

„Wichtig für unsere Arbeit in den Regionen sind unsere Bezirksorganisationen. Sie setzen vor Ort Informationsschwerpunkte für Betriebe

und bringen mit ihren Veranstaltungen UnternehmerInnen und Gemeindeverantwortliche zusammen. Diese Vernetzung wollen wir gemeinsam mit dem NÖ GVV weiter ausbauen, auch bei Betriebsbesuchen“, erklärt Thomas Schaden.

Zu den Forderungen des Wirtschaftsverbandes NÖ zählen:

+ Ein beschleunigter Breitbandausbau: Leistungsfähige Breitbandverbindungen erleichtern die Zusammenarbeit der Unternehmen, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und schaffen für regionale Betriebe neue Märkte.

+ Mehr Chancen für die regionale Wirtschaft und Klein- und Kleinstbetriebe bei Auftragsvergaben: Der SWV NÖ setzt sich dafür ein, dass Aufträge der öffentlichen Hand erstens in kleineren Losgrößen, zweitens regional und drittens viel häufiger nach dem Bestbieterprinzip und nicht nach dem Billigstbieter-

prinzip vergeben werden.

+ Mehr Investitionsförderungen für KMU, EPU und Nahversorger durch eine höhere Besteuerung internationaler Großkonzerne und Online-Anbieter, die durch das Nutzen von Steuerschlupflöchern vergleichsweise wenig Steuern zahlen, aber durch ihre Vorteile bei Wettbewerb und Steuern immer öfter bestehende Kleinbetriebe und Arbeitsplätze in den Regionen unter Druck bringen und gefährden.

+ Eine stärkere soziale Absicherung für UnternehmerInnen durch ein Krankengeld ab dem vierten Tag der Erwerbsunfähigkeit und eine Abschaffung des generellen Selbstbehalts beim Arztbesuch.

Der SWV NÖ ist auf kurzem Weg erreichbar: Tel. 02742 2255-444 oder noe@wirtschaftsverband.at Weitere Infos gibt es unter wirtschaftnoe.at

Die Quote der Männer

In wenigen Monaten werden rund 1,5 Millionen Menschen über die Zusammensetzung der Gemeinderäte in 570 Gemeinden unseres Bundeslandes bestimmen. Rund 760.000 – also 51 Prozent – davon sind Frauen. 11.725 GemeinderätInnen werden in Niederösterreich mit der Gestaltung der Gemeindepolitik nach ihren Vorstellungen und Ideen betraut werden.

In unserem Zusammenleben haben Frauen und Männer unterschiedliche Rollen und Positionen. Der allgemeine Blick ist in den Gemeinderäten bei einer Männerquote von 75 Prozent ein sehr männlicher. Frauen und ihre Lebenszusammenhänge, ihre Bedürfnisse

und Interessen werden also nur zu einem geringen Teil in unseren Gemeinden berücksichtigt.

Ändern wir das – die Voraussetzungen dafür hat die SPÖ mit ihren Richtlinien zur Geschlechtergerechtigkeit bereits geschaffen. Machen wir bessere Gemeinden, wo schon mal statt eines Fußballplatzes eine Sportanlage für Männer UND Frauen gemacht wird, wo die Mobilität auch innerhalb der Gemeinde gewährleistet ist, die Kinderbetreuung für Kinder und Eltern passend ist, der Gesundheitspolitik mehr Raum gegeben wird und Raumordnung nicht nur aus einem rein männlichen Blickwinkel stattfindet.

Machen wir bessere Gemeinden als bisher – mit einer Politik, bei der die Lebensrealitäten von Frauen und Männern wirklich gleichberechtigt berücksichtigt werden und ‚Mansplaining‘ uncool wird!



von Anni Mitterlehner, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich.

Fotos: privat, SPNÖ



Ortsparteichefin und GRW 2015/2020 Spitzenkandidatin Maria Hromecek (54) arbeitet als SPÖ-Kommunalmanagerin in der Regionalgeschäftsstelle Sankt Pölten.

Neidling, Bezirk St. Pölten-Land

Hausbesuche in jedem Jahr

Seit die ÖVP-Absolute in Neidling bei der GRW 2015 gleich um drei Mandate geschrumpft ist, gibt es keine politische Zusammenarbeit mehr. 11 ÖVP (-3), 6 SPÖ (+1) und 2 FPÖ (+2) steht es nun im Ortsparlament und die rege SPÖ unter Parteichefin GGR Maria Hromecek muss sich alle gemeinde-relevanten Infos mühsam selber zusammen-tragen. Was die Roten aber nicht davon ab-hält, sich besonders ins Zeug zu legen.

2015 konnte die SPÖ ein Mandat dazugewinnen, worauf führen Sie diesen Erfolg zurück? Hromecek: „Wir sind als Team angetreten, unser Wahlkampf war auf das ganze Team zugeschnitten, wir haben dann auch eine sehr gute Teamleistung geboten und sind für alle Bevölkerungsschichten wirklich gelaufen. Niemand ging mit eigenen Stimmzetteln hausieren, bei uns gab es keinen Vorzugsstimmenwahlkampf. Bei den Leuten entstand dann das Bewusstsein, dass die SPÖ als geschlossenes Team tolle Sachen organisiert. Das wurde auch belohnt.“

Der Zugewinn hat uns natürlich sehr gefreut, auch wenn wir das zweite Mandat nur um ein paar Stimmen verfehlt haben. Das ging dann leider zur FPÖ, die ganz ohne Vorleistung bei ihrem ersten An-treten zwei Mandate schaffte. Die ÖVP war mit ihrem Minus von drei Mandaten Spitzenverlierer im Be-zirk St. Pölten. Was höchstwahrscheinlich auf ihren Spitzenkandi-daten, unseren Bürgermeister, zu-

rückzuführen ist. Der ÖVP-Bürger-meister der Nachbargemeinde hat ja drei Mandate dazugewonnen.“

Nach dieser Ohrfeige für die ÖVP, wie ist nun die politische Situation im Gemeinderat? Gibt es mit der ÖVP eine Zusammenarbeit oder gar ein Koalitionsabkommen?

Hromecek: „Ganz und gar nicht. Die ÖVP hat komplett zu gemacht, atmosphärisch ist es eisig.“

„Um jede Info müssen wir uns selbst bemühen“

Bekommt die SPÖ allen nötigen Informationen von der VP-Mehrheit? Hromecek: „Nie. Um jede Info müssen wir uns selber bemühen, müssen jedem Schrieb nach-laufen. Es ist total mühsam, wir müssen uns alles selber erarbeiten und sogar die Kopien am Gemein-deamt bezahlen. Da gibt es keinerlei Entgegenkommen. Es passiert auch, dass wir denken, jetzt haben wir alles und dann stellt sich her-aus, dass noch immer ein Stückelr zur ganzen Wahrheit fehlt. Nicht gerade demokratische Zustände.“

Gibt es gemeinsame Anträge mit den beiden FPÖ-Mandataren? Hromecek: „Nein. Erstens sind sie fast nie anwesend, was eine Zusam-menarbeit sowieso schwierig

Ich und unser Fraktionschef Thomas Slansky sind ja auch im Gemeindevorstand und wir kommen immer ohne jede Vorinfo in die Sitzung. Dort läuft dann immer dasselbe Procedere ab: Mein Kollege stellt Fragen und ich schreibe mit, was das Zeug hält, damit wir dann wenigstens für unsere Frakti-onssitzung relevante Informationen haben.“

Kommt die SPÖ im Gemeinderat mit eigenen Anträgen durch? Hromecek: „So gut wie nie. Nur vor zwei Jahren haben wir unseren Antrag, dass die Gemeinde Neid-ling gegen CETA auftreten soll, durchgebracht. Aber das ging nur, weil es ein allgemeines und kein gemeindespezifisches Thema war. Aber sonst werden unsere Verbes-terungsvorschläge immer abge-schmettert. Auch unsere Dring-lichkeitsanträge.“

Gibt es gemeinsame Anträge mit den beiden FPÖ-Mandataren? Hromecek: „Nein. Erstens sind sie fast nie anwesend, was eine Zusam-menarbeit sowieso schwierig

Fotos: SPÖ Neidling



Die SPÖ-Fraktion von Neidling (v.l.): GR Werner Bernhard, GR Fritz Klammer, Ortspar-teivorsitzende GGRin Maria Hromecek, Fraktionsvor-sitzender Thomas Slansky, GRin Brigitte Klammer, GR Manfred Wal-ter.

macht, und zweites bin ich ihr Lieblingsfeindbild, nicht die ÖVP-Mehrheit. Denn ich bin ja links-ideologisch verblendet...“

Werden den SPÖ-MandatarInnen Repräsentationsaufgaben übertragen? Hromecek: „Nein, überhaupt nicht. Früher durften wir wenigsten bei den Gratulationen mitge-hen. Aber davon haben uns jetzt die Schwarzen unter dem aktuel-len Bürgermeister auch abge-schnitten.“

Wie wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit und was passiert hier? Hromecek: „Die ist mir sehr wich-tig. Und ich denke, dass wir auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit machen. Unsere Zeitung *Neidling aktuell* kommt ohne Unterbre-chung seit 1981 viermal im Jahr heraus. Das meiste daran mache ich selber, um die Inserate küm-mert sich Thomas Slansky, austragen tun wir sie alle.“

Für die Betreuung unserer Homepage bezahlen wir einen Pro-fi, auf Facebook bin ich selber und ich kümmere mich auch um die

Pressekontakte, Presseaussendun-gen etc.

Auch Hausbesuche sind uns sehr wichtig. Vor Wahlen sowieso, aber wir gehen eigentlich jedes Jahr, wenn wir unsere Ballkarten von Haus zu Haus verkaufen.“

Die Flohmarkteinnahmen werden immer gespendet

Events im Jahresverlauf? Hromecek: „Im Jänner gibt's unseren traditionellen Arbeiterball und am nächsten Tag gleich den beliebten Kindermaskenball – da schicken auch die Schwarzen gerne ihre Kinder hin. Zu Ostern machen wir ein Eier-Suchen für die Kids, im April veranstalten wir ein Glücks-Schnapsen mit von der Wirtschaft gespendeten Preisen.“

Im September organisieren wir einen Flohmarkt, auf den ich be-sonders stolz bin. Damit haben wir vor 17 Jahren in einer kleinen Ga-rage begonnen und mittlerweile geht er riesengroß in zwei Bus-Ga-ragen-Hallen über die Bühne. Da haben wir 40 Freiwillige, die da

zwei Tage voll mitarbeiten. Die Einnahmen spenden wir dann zum Großteil karitativen Zwecken in der Gemeinde.“

Und am 2. Sonntag im Dezem-ber veranstaltet die SPÖ tradition-ell den Neidlinger Advent – an dem sich alle Vereine des Orts mit Standln beteiligen.“

Wie schwierig ist es, neue MitstreiterInnen zu finden? Hromecek: „Leider sehr schwierig – ob-wohl wir bei den Leuten sehr gut angeschrieben sind. Bei den Jun-gen tun wir uns besonders schwer. Da höre ich dann immer wieder so-was wie: *Was ihr macht ist toll, aber bei euch offen mitmachen kann ich nicht, weil ich von der Ge-meinde, vom Bürgermeister sicher auch irgendwann einmal etwas brauche.*“

Eure Ziele für die GRW 2020? Hromecek: „Die Verjüngung des Teams und ich will unbedingt die Absolute der ÖVP brechen und ein siebentes Mandat machen. Aber acht, neun Mandate traue ich uns auch zu.“

In der schwarz-blauen Doppelmühle

Arbeitszeit erhöhen, Kindergarten-Mittel kürzen: Die Kurz/Strache-Regierung trifft ArbeitnehmerInnen, Familien und Gemeinden doppelt. Das Ergebnis dieser unsozialen Politik: Höheres Krankheitsrisiko für die Beschäftigten, schlechtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ausgehungerte Gemeinden.

Herbstzeit ist traditionell Erntezeit. Doch für die ÖsterreicherInnen gibt es bei der schwarz-blauen Regierung nur Verschlechterungen zu holen. Die eigenen Machtapparate und die ÖVP-Großspender aus Industrie und Wirtschaft werden bedient, bei den Menschen wird gespart. Die Großspender waren es auch, die bei Sebastian Kurz die Arbeitszeitverlängerung bestellt und dafür im Wahlkampf viel Geld für die ÖVP lockergemacht haben. Anfang Juli haben Kurz und Strache geliefert und im Parlament den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche durchgepeitscht.

Drüberfahren in Speed-Kills-Manier. Dass über 100.000 Menschen gegen die arbeitnehmer- und familienfeindliche Arbeitszeitverlängerung protestiert haben: für Kurz und Strache vollkommen egal. Dass renommierte ExpertInnen aus Medizin, Arbeits- und Sozialrecht vor den vielen negativen Folgen der 60-Stunden-Woche gewarnt haben: für Schwarz-Blau kein Thema. Tatsächlich konnte es der Regierung mit der Arbeitszeitverlängerung gar nicht schnell genug gehen. Ursprünglich sollte das Gesetz erst mit 1. Jänner 2019 in Kraft treten, doch in einer Nacht-und-Nebel-Aktion haben ÖVP und FPÖ beschlossen, die Arbeitszeitverlängerung bereits mit 1. September 2018 umzusetzen.

Der Tag des Parlamentsbeschlusses wird mir lange in Erinnerung bleiben. In das Triumphgeschrei der ÖVP mischte sich das Frohlocken von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. FPÖ-Klubchef Rosenkranz gab sich sogar davon überzeugt, dass sich die Menschen auf die Arbeitszeitverlängerung „freuen“.

Doppelter Angriff auf die Gemeinden. Falscher als Rosenkranz kann man gar nicht liegen. Das ist auch wenig

verwunderlich, denn ÖVP und FPÖ agieren völlig abgehoben und haben keine Ahnung von der Lebenswirklichkeit der Menschen. Bei meiner „Stadt.Land.Zukunft“-Tour, die mich seit Mitte Juni durch ganz Österreich führt, habe ich jedenfalls keinen Arbeitnehmer getroffen, der sich über die 60-Stunden-Woche freut. Im Gegenteil: Im persönlichen Gespräch haben mir viele Menschen gesagt, dass sie Sorge haben, dass sich die Arbeitszeitverlängerung



Christian Kern ist Bundesparteivorsitzender und Klubobmann der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

negativ auf ihre Gesundheit und auf ihr privates Leben auswirkt. Eine sehr berechtigte Sorge! Denn wie soll genügend Zeit für Erholung, Familie und Weiterbildung, aber auch für die so wichtige ehrenamtliche Tätigkeit in den Gemeinden und Dörfern bleiben, wenn eine Woche nach der anderen 60 Stunden gearbeitet werden muss? Und auch eine zweite wichtige Frage stellt sich: Wie sollen die Beschäftigten künftig Familie und Beruf unter einen Hut bringen? Denn die Regierung hat ja nicht nur die familienfeindliche 60-Stunden-Woche beschlossen, sondern mit der Kürzung der Mittel für die Kinderbetreuung auch noch zu einem zweiten Schlag ausgeholt. Leidtragende sind neben den Beschäftigten und ih-

ren Familien auch die Gemeinden, die in eine schwarz-blaue Doppelmühle geraten. Denn durch die 60-Stunden-Woche bleibt den Menschen viel weniger Zeit und Kraft für Ehrenamt und Vereinsaktivitäten – beides wirkt sich nachteilig auf den sozialen Zusammenhalt, das gesellschaftliche Leben in den Gemeinden und das Zusammengehörigkeitsgefühl aus. Die Kürzung der Gelder für die Kinderbetreuung tut ihr übriges: Die Gemeinden werden beim Kindergarten ausbau im Regen stehen gelassen und systematisch ausgehungert.

SPÖ zeigt vor, wie gute Familienpolitik geht. Für viele berufstätige Eltern ist schon der 8-Stunden-Arbeitstag nur schwer mit dem aktuellen Angebot an Kinderbetreuung vereinbar. Der schwarz-blaue 12-Stunden-Tag verschärft diese Vereinbarungsprobleme noch weiter. Dass die Regierung trotzdem den vor allem im ländlichen Raum so dringenden Ausbau der Kinderbetreuung verhindert, ist der schlagende Beweis dafür, dass der Regierung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kein Anliegen ist.

Wie moderne und gute Familienpolitik geht, sieht man überall dort, wo die SPÖ regiert. Während die Regierung auf Bundesebene die Kinderbetreuungsmitel kürzt und im schwarz-blau regierten Oberösterreich sogar Kindergartengebühren eingeführt wurden, wird in Kärnten, Wien und dem Burgenland die Kinderbetreuung ausgebaut. Diese Investitionen machen sich mehrfach bezahlt: Unsere Kinder profitieren von einem guten Start ins Bildungsleben, Eltern und Wirtschaftsstandort von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir müssen daher alles daran setzen, die unsozialen Maßnahmen der schwarz-blauen Regierung zu bekämpfen. Unsere BürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen in ganz Österreich sind in diesem Kampf wichtige Bündnispartner. Sie sind die starke und unverzichtbare Säule der Sozialdemokratie. Und sie zeigen jeden Tag, dass es nur eine soziale Alternative gibt: nämlich die SPÖ.

Foto: Lukas Ilgner



Unsere Jugend leidet unter schlechter Infrastruktur

Die Landflucht von Jugendlichen in Niederösterreich wird immer drastischer. Viele Jugendliche zieht es in die Städte entlang der Verkehrsachsen oder in die Metropolen Wien und Linz. Die Folge: besorgniserregende demographische Entwicklungen im ländlichen Raum.

In den letzten Jahren sind in vielen ländlichen Gebieten mehr Arbeitsplätze verloren gegangen, als neue geschaffen werden konnten. Dies liegt zum Teil auch daran, dass sich die öffentliche Hand dort zurückgezogen hat. Postfilialen und Bezirksgerichte wurden geschlossen, Gendarmerie/Polizeiposten wurden zugesperrt und im öffentlichen Verkehr wurde das Angebot ausgedünnt. In vielen Gebieten gibt es kein leistungsfähiges Internet. Das ist aber Voraussetzung für Betriebsansiedlungen, was dazu führt, dass qualifizierte Arbeitskräfte wegziehen bzw. nicht zuziehen und dieses Fehlen ist ein wesentlicher Teil der anhaltenden Strukturschwäche. Es fehlt an Krabbelstuben und Nachmittagsbetreuung, um für junge Familien attraktiv zu sein.

Junge Frauen leiden unter dem männlich dominierten ländlichen Raum. Der ländliche Lebensraum

ist ein männlich dominierter. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Handwerk und Bauwirtschaft sind traditionelle Männerbranchen. Frauen sind im ländlichen Raum schon seit Jahren besser qualifiziert als Männer, doch es gibt eben kaum adäquate Arbeitsplätze. Deswegen müssen Frauen immer öfter auspendeln oder wegziehen. Die männlich dominierte Politik am Land schätzt die Bedürfnisse von Frauen oftmals völlig falsch ein. Es herrscht mancherorts noch immer ein Rollenbild vor, dass Frauen, die ihre Kinder in Krabbelstuben geben, Rabenmütter wären.

Bedürfnisse Jugendlicher müssen ernst genommen werden. Das funktionelle Ausbluten mancher Teile des ländlichen Raumes ist eine Katastrophe für Jugendliche. Die Ausbildungs- und Freizeitmöglichkeiten erfordern das Zurücklegen weiterer Distanzen. Erhebungen zeigen, dass der Begriff der Nah-

versorgung für Jugendliche altersspezifisch ausgedehnt werden müsste. Jugendliche wollen in ihrem Lebensraum zum Beispiel ein Pizzalieferservice haben, ein Fitnessstudio, eine Disco, schnelles Internet, Coffee to go und ein Nachttaxi am Wochenende. An diesen Möglichkeiten fehlt es. Und dadurch wird die Landflucht der Jugendlichen weiter angefacht.

This page is powered by:





„Wichtig, dass viele BürgermeisterInnen jetzt für die Landespartei arbeiten“

Wolfgang Kocevar (49), Landesgeschäftsführer der SPÖ Niederösterreich und Bürgermeister von Ebreichsdorf, spricht im großen KI-Interview über die laufende Strukturreform, die Stärken und Schwächen der Landespartei, die Standortfrage der Landespartei-Zentrale und die bevorstehenden Gemeinderatswahlen 2020.



Im innersten Kreis der Landespartei sind Sie ja kein Neuling. U.a. waren Sie in der Ära Sepp Leitner Marketingleiter. Franz Schnabl hat Sie dann zu seinem Wahlkampfmanager gemacht und nach geschlagener Wahl sogar zum Landesgeschäftsführer. Wo sehen Sie denn hier ihre größten Herausforderungen?

Einerseits muss ich einmal als Servicestelle der Landespartei die Bedürfnisse der Ortsorganisationen befriedigen und dann sind da noch die innerparteilichen Herausforderungen. Das heißt auch die persönlichen Befindlichkeiten in den Griff zu bekommen, aber andererseits sind natürlich auch die Vernetzung und die Verbindung mit den befreundeten und Vorfeld-Organisationen gut umzusetzen.

Das alles ist organisatorisch eine große Herausforderung. Dann ist da natürlich noch die tagtägliche politische Arbeit in der Landespartei – unterstützend für den Landtagsklub und unsere Landesregierungsmitglieder. Das alles ist parallel zu meinem Bürgermeisteramt in Ebreichsdorf zu erledigen und hierfür ist nun ein gutes Zeitmanagement gefordert.

Aber ich denke, es ist wichtig und gut, dass viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, so wie im Augenblick, für die Landespartei arbeiten. Beispielsweise die Astrid

Reiser, Bürgermeisterin von Zwölfaxing, ist ja meine Stellvertreterin als Landesgeschäftsführer, oder der Rainer Handlfinger, Bürgermeister von Obergrafendorf. Wir sind ja nicht nur eine neue Generation, sondern in unserer Funktion als BürgermeisterInnen auch extrem nah am alltäglichen politischen

Geschehen. Und das, so glaube ich, hilft auch der Landespartei bei ihren täglichen Entscheidungen sehr.

Außerdem sind Sie auch Chef der internen Parteireform-Gruppe. Wie ist denn Ihrer Meinung nach die SPÖ in Niederösterreich aufgestellt? Wo sind ihre Stärken, die

man betonen und fördern muss und wo ihre Schwächen, die es auszumerzen gilt?

Die Parteireform-Arbeitsgruppe zielt darauf ab moderner zu werden, Entscheidungsprozesse schneller abzuwickeln und – das klingt zwar ein bisschen abgedroschen – näher bei den Menschen zu sein. Sowohl bei den FunktionärInnen als auch bei den WählerInnen. Wir leben ja letztendlich einerseits von den Mitgliedern und andererseits von der Tätigkeit zahlreicher Ehrenamtlicher. Daher ist es in der Parteireform von Nöten, dass wir trachten, all jene noch enger an die Sozialdemokratie zu binden, die vielleicht bis jetzt noch nicht so intensiv eingebunden waren.

Am Ende des Tages sind wir ja abhängig von Menschen, die

uns aufgrund ihrer sozialen Einstellung und ihrer Überzeugung von der Sozialdemokratie unterstützen. Denn nur von den Hauptamtlichen können wir sicher nicht leben. Somit muss es eine Vernetzung in dieser Parteireform-Arbeitsgruppe geben, von den

„Sind unschlagbar, wenn wir alle Kräfte bündeln!“

Hauptamtlichen, den MandatarInnen bis zu den Ehrenamtlichen und den Mitgliedern. All diese, und selbstverständlich auch alle befreundeten Organisationen, müssen zusammengeführt und eingebunden werden.

Gelingt uns das, dann sind wir einen wesentlichen Schritt weiter. Denn die Sozialdemokratie an sich ist ja ein Riesennetzwerk und wenn wir es schaffen, die Kräfte wirklich bündeln zu können, dann sind wir in Niederösterreich und natürlich auch in Österreich ziemlich unschlagbar.

Die Stärken und Schwächen der SPNÖ waren da jetzt noch dabei...

Unsere Stärken sind ganz sicher die Stärken der Bewegung an sich. Sprich: unserer Ideologie, unserer Überzeugung. Wir lassen uns da nicht verbiegen. Das ist vielleicht bei Wahlen nicht immer erfolgreich, aber wir können uns noch immer in den Spiegel schauen. Wir sind noch immer das, was wir

schon bei unserer Parteigründung vor über 120 Jahren waren. Diese Inhalte und Werte waren und sind uns wichtig. Und wir brauchen auch keine neue Farbe. Wir sind so wie wir sind und das ist auch gut so. Wir stehen auch gerade jetzt,



FACT-SHEET
Wolfgang Kocevar
 SPNÖ Landesgeschäftsführer, Bürgermeister von Ebreichsdorf.
 Geboren am 28.10.1969 in Sankt Pölten; 1997 Übersiedlung nach Ebreichsdorf.
Familie: verheiratet seit 2010, Tochter Lea (7).
Karriere: gelernter Reisebürokaufmann, hat 20 Jahre in der Tourismusbranche gearbeitet (Reisekataloge), 2007 holte ihn Heidemaria Onodi für das Marketing in die Landespartei, unter Sepp Leitner avancierte er zum Marketing Leiter der SPNÖ. Seit 2010 Bürgermeister der Stadt Ebreichsdorf (Bezirk Baden). 2013 bis 2016 Bezirksgeschäftsführer in Baden. Im Sommer 2017 machte ihn LPV Franz Schnabl zum Wahlkampfleiter und nach der Landtagswahl 2018 zum Landesgeschäftsführer der SPÖ Niederösterreich.

zum Beispiel in der Diskussion um die 60-Stunden-Woche, mit den Gewerkschaften, mit dem GemeindevertreterInnenverband, mit allen Nah- und Umfeldorganisationen genau hinter diesen Werten und Themen.

Auf der anderen Seite sind diese Stärken vielleicht gleichzeitig auch unsere Schwächen. Und dass wir vielleicht nicht so organisiert sind, wie eine ÖVP. Eine ÖVP jedoch, die momentan offenbar von einem einzelnen Mann dominiert wird und sich dort offensichtlich alle, ob ihnen das nun wirklich gefällt oder nicht, aufgrund des Wahlergebnisses hinter ihm scharen.

Aber wir sind eine breit aufgestellte, stolze Bewegung und unsere Meinungsvielfalt, also wenn man nicht immer mit einer Stimme

spricht, ist vielleicht manchmal nach außen hin eine Schwäche. Aber intern, denke ich, ist das ein ganz wichtiger Demokratieprozess, der uns auf die Dauer, so hoffe ich, wieder stärker machen wird.

Die nö. Regionen nicht über einen Kamm scheren...

Als Franz Schnabl 2017 die Landespartei von Matthias Stadler übernahm, wurde gerade eine große Strukturreform umgesetzt. Der neue Landesparteivorsitzende meinte damals, man wolle sich die Reform erst mal in der Praxis ansehen und dann evaluieren. Wie ist denn da der aktuelle Stand?

Grundsätzlich ist es so, dass ich glaube, dass diese Organisationsreform in der Grundsache richtig war. Aber ich war schon vor dem Sommer viel in den Bezirken un-

terwegs und habe dabei erfahren, dass vieles in der Umsetzung nicht so konsequent passierte, wie am Papier geplant und vorgesehen war. Zur Verteidigung muss ich natürlich einwenden, dass es vorgezogene Nationalratswahlen gegeben hat, was nicht absehbar war. Und ich glaube, die Organisationsstrukturreform oder die bisher erfolgte Evaluierung zeigt sehr deutlich, dass man Niederösterreich nicht über einen Kamm scheren kann. Wir sind nun mal ein Flächenbundesland, das je nach Region völlig unterschiedliche Ansätze hat.

Was in der Thermenregion gut funktioniert hat – in Baden, Mödling hat die Regionalisierung hervorragend geklappt, aber ebenso im Mostviertel -, ist einfach nicht mit dem Waldviertel vergleichbar.



Fotos: www.fotoplotsch.at



Wenn man dort von einer größeren Stadt zur nächsten zwei Stunden fährt oder 111 Gemeinden in einem extrem ländlichen Bereich betreut, dann muss man sich bei dieser Evaluierung auch Bezirk für Bezirk anschauen.

Wir haben ja auch bei den Mitgliedern eine Drei-Stufen-Befragung gemacht, auch persönliche Interviews mit 50 FunktionärInnen und dann hat es noch 1.100 Online-Interviews gegeben, mit einem sehr ausführlichen Fragebogen. Und zusätzlich gab es noch die österreichweite Mitgliederbefragung, mit Niederösterreich-Mutationen. Wenn dann alle Ergebnisse auf dem Tisch liegen und ausgewertet sind, dann werden wir uns noch mit den Bezirksvorsitzenden und Regionalgeschäftsführern zusammen setzen und schauen: Wo hat die Regionalisierung Sinn gemacht, wo sind wir stärker geworden? Und wo müssen wir vielleicht den einen oder anderen Schritt zurück machen? Damit wir zum Beispiel in den Flächenregionen Wald- und Weinviertel nicht den Ansatz zur Basis verlieren.

Heißt das, nach der Evaluierung

wäre künftig auch eine Mischform von alter und neuer Organisationsstruktur, sprich Bezirksgeschäftsstellen und Regionalgeschäftsstellen, möglich?

Ja, das ist durchaus vorstellbar. Insgesamt sollten wir zwar an der Regionalisierung festhalten, aber wenn es da oder dort Sinn macht, kann es durchaus sein, dass wir in „Mischform aus alter und neuer Struktur ist möglich.“

manchen Regionen wieder in die Bezirksstruktur gehen. Bis zum Landesparteivorstand am 5. September sollte die neue Struktur stehen, weil wir beim Landesparteitag am 29. September eventuell einschlägige Anträge und Beschlüsse fassen wollen.

Sind hier alle Personalien geklärt oder gibt es noch offene Fragen?

Grundsätzlich ja, ich habe mit allen gesprochen. Wir werden aufgrund von Altersteilzeit oder Pensionen noch Abgänge haben, die wir natürlich kompensieren werden. Aber insgesamt sind die Personalfragen geklärt.

Geklärt scheint nun auch die Frage der SPÖ NÖ-Zentrale. Eine

angedachte Übersiedlung auf den Europaplatz ist vom Tisch. Die Landespartei wird wohl im Haus am Niederösterreichring bleiben...

Genau. Diese Entscheidung ist gefallen. Wir haben uns das nicht leicht gemacht, schon meine Vorgänger haben hier sehr viel Zeit investiert. Aber letztlich wäre der Standort Europaplatz ein sehr kostenintensiver gewesen und die aktuelle Niederösterreich-Zentrale ist in einem relativ guten Zustand und abbezahlt. Aus meiner Sicht wäre es nicht gescheit gewesen, den Standort zu wechseln. Wir überlegen nun, ob wir im Niederösterreichhaus erweitern, aufstocken wollen. Dazu wurde bereits ein Statik-Gutachten in Auftrag gegeben. Aufstocken, entweder um befreundete Organisationen unterzubringen, oder auch um drei bis fünf Wohnungen zu schaffen. So könnte man auch Einnahmen lukrieren.

Zu den nächsten Gemeinderatswahlen ist es nicht mehr all zu weit. Offizieller Termin ist Frühjahr 2020. Gerüchte sprechen schon von Herbst 2019. Wann rechnen Sie damit?



gangenheit passiert, heißen kann: „Ja, fünf Schwarze waren da, aber von euch keiner!“ Das versuchen wir nun zu optimieren. Auch mit unserer Sommertour in enger Kooperation mit dem GVV zeigen wir verstärkt Präsenz.

Viele Kampagnen wurden bereits vorbereitet und besonders wichtig

„Überall die Möglichkeit geben, SPÖ zu wählen.“

ist in den nächsten Wochen und Monaten mit allen Gemeinden Gespräche zu führen. Eine erste Runde haben wir ja schon mit allen Bezirken gehabt. Wir schauen uns genau an, wo wir Chancen haben, wo Risiken bestehen. Wo gibt es Potential, um Ortsgruppen zu stärken, um vielleicht da oder dort einen, eine BürgermeisterIn zu gewinnen? Oder wo besteht Gefahr, dass wir überhaupt nicht antreten? Es muss jedoch unser Anspruch sein, den Menschen überall die Möglichkeit zu geben, die Sozialdemokratie wählen zu können.

Ich kann mir nicht vorstellen, was ein November-Wahltermin für einen Vorteil hätte. Ganz im Gegenteil. Ich denke, der Jänner-Termin hat sich 2015 schon sehr bewährt. Vor allem für Mehrheitsgemeinden, wenn man ehrlich ist. Und wie die Mehrheitsverhältnisse in diesem Land aussehen, weiß man ja. Ich wüsste also nicht, welchen Grund die ÖVP haben sollte, früher zu wählen. Ich plädiere auch dafür, durchzuarbeiten.

Was können sich die Ortsparteien für die GWR 2020 an Unterstützung von der Landespartei erwarten?

Neu bei uns ist ja die Service-Abteilung. Mittlerweile ist sie ja schon die größte Abteilung bei uns in der Landesorganisation und wird von Rainer Handlinger geleitet. Der

kümmert sich hauptsächlich um interne Organisation und Kommunikation. Das heißt wir bereiten hier alle Termine vor, schauen, dass alle Termine, egal ob Gemeindegemeinden, wenn man ehrlich ist. Und wie die Mehrheitsverhältnisse in diesem Land aussehen, weiß man ja. Ich wüsste also nicht, welchen Grund die ÖVP haben sollte, früher zu wählen. Ich plädiere auch dafür, durchzuarbeiten.



Fotos: www.fotoplutsch.at



Der KI Buch-Tipp Mal anders wahlkämpfen

Plakate, Flyer, Werbekulis - alles schon hundertmal gesehen und gehabt. Dieses kleine Buch bietet ganz andere piffige Ideen. Und allesamt mit mehr als 40 Fotos gut dokumentiert.

Experte Wolfgang Nafroth beschreibt zudem das Problem traditioneller Wahlkämpfe in einer sich verändernden Gesellschaft und kommt einmal nicht zu der üblichen Ideallösung Internet. Vielmehr bietet das Buch viele, hochwirksame Ideen, die jeder fast ohne Finanz-, Zeit- und Personalaufwand realisieren kann.

Mehr noch: Man kann sich

auch vom Autor und seinem Team beraten lassen, sogar Aktionen und Medien einsatzreif beziehen.

Ungewöhnliche Aktionen, Medien und Werbemittel stellt dieses kleine Buch vor, Ideen für Kampagnen mit geringstem Aufwand und geringsten Ressourcen. Es setzt sich mit traditionellen

Wahlkämpfen auseinander und bietet praxisnahe Ideen vor allem für den Einsatz auf lokaler Ebene.

„Wahlkampf mal ganz anders: Mit ungewöhnlichen Instrumenten auch an ungewöhnlichen Orten gestalten“ von Wolfgang Nafroth. Broschüre, Mai 2018 im Verlag aktionsideen.com nafroth & mey. 61 Seiten. € 19,90,-.

KOPAK-Seminarprogramm - 2. Semester 2018

21. September 2018,	Freitag 15.00 bis ca. 20.30 Uhr	Mobilitätsseminar	GW Niederösterreich
5. und 6. Oktober 2018,	Freitag 13.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Macht der Sprache Teil 1	Hotel Wiental
5. und 6. Oktober 2018,	Freitag 14.00 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Mitglieder und Mitarbeiter gewinnen	Lengbachhof
9. Oktober 2018,	Dienstag 9.00 bis ca. 16.30 Uhr	Prüfungswesen	GW Niederösterreich
15. und 16. Oktober 2018,	Montag 9.00 Uhr bis Dienstag ca. 16.30 Uhr	Gemeindefinanzen	GW Niederösterreich
19. und 20. Oktober 2018,	Freitag 9.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Basisseminar	Lengbachhof
19. und 20. Oktober 2018,	Freitag 13.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Systemisches Coaching für Dich	Lengbachhof
19. und 20. Oktober 2018,	Freitag 14.00 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Öffentlichkeitsarbeit	Lengbachhof
9. und 10. November 2018,	Freitag 13.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Systemisches Coaching für Dich	Hotel Wiental
9. und 10. November 2018,	Freitag 13.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Debatten- & Kampfrhetorik	Hotel Wiental
16. und 17. November 2018,	Freitag 13.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Systemisches Coaching für Dich	Hotel Wiental
16. und 17. November 2018,	Freitag 14.00 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Schreibwerkstatt	Hotel Wiental
23. und 24. November 2018,	Freitag 13.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Planung und Strategie zum Erfolg	Lengbachhof
30. November 2018,	Freitag 16.00 bis ca. 20 Uhr	Soziale Medien	GW Niederösterreich
11. Jänner 2019,	Freitag 13.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	NLP & Co.	Hotel Wiental
18. Jänner 2019,	Freitag 13.30 Uhr bis Samstag ca. 16.30 Uhr	Macht der Sprache Teil 2	Hotel Wiental



Anmeldung über die jeweilige Regionalgeschäftsstelle



Blick auf Ternitz - im Hintergrund Schneeberg (M.) und Rax (l.), rechts vorne der Petersberg mit dem Peterskirchlein.

Ternitz, Bezirk Neunkirchen

Sozialdemokratische Handschrift

Dieses Jahr feiert Ternitz 70 Jahre Stadterhebung und 95 Jahre Gemeinde. Der Beiname „Stahlstadt“ stammt aus der Zeit, als hier wirklich noch Stahl in Hochöfen gekocht wurde. Heute hat sich die größte Kommune im Bezirk Neunkirchen zu einer Musterstadt in Sachen Soziales, Bildung und Sport entwickelt.

„Wir sind sowohl eine Industriestadt mit einem grünen Herzen, Infrastruktur samt einem hervorragenden Angebot an Sozialleistungen, als auch eine naturparkgeheure Gemeinde mit weltweit erfolgreichen Unternehmen, als auch eine perfekte Gemeinde sind. Das und eine perfekte



Oben: das Rathaus. Bild links: Bgm. Rupert Dworak und StRin Andrea Reisenbauer präsentieren die Gratis-Nachhilfe-Aktion der Stadtgemeinde.

Fotos: Stadtgemeinde Ternitz



1 Zentrum. 2 Harri Stojka-Konzert auf Schloss Stixenstein. 3 Fest im neu gestalteten Stadtzentrum. 4 Photovoltaik en gros.

rinnen und Bürger ganz besonders lebenswert“, meint Bürgermeister Rupert Dworak. Und der ist als Präsident des sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbandes in Niederösterreich und als Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebunds ein ausgewiesener Experte in kommunalen Fragen.

In seiner Ära als Bürgermeister schaffte Ternitz die entwicklungs-mäßige Trendwende, den Aufschwung. 1971 hatte die Stahlstadt noch mehr als 16.500 EinwohnerInnen gezählt. Doch dann folgte ein steter Rückgang. Dworak: „Der Hö-

hepunkt dieser Negativ-Entwicklung kam Mitte der 1980er Jahre mit dem Niedergang der verstaatlichten Industrie. Viele Menschen, die bis dahin bei uns Arbeit hatten, mussten auspendeln – und viele haben sich dann am neuen Arbeitsort angesiedelt.“

Obwohl auch die diversen privaten Nachfolgebetriebe der staatlichen VEW (Vereinigte Edelstahlwerke) bald auf die Erfolgsstraße zurückkehrten, konnte der Abwärtstrend der BürgerInnen erst 2007 - unter Bürgermeister Dworak - gestoppt werden. Nun geht es mit

der Bevölkerungszahl wieder leicht bergauf und die Stadt hat den Ehrgeiz, wieder die 15.000-EinwohnerInnen-Grenze zu erreichen. Bestes Beispiel dafür: Derzeit sind 300(!) Wohnungen in Bau bzw. in Planung.

Die Stadt selbst hat noch rund 750 Gemeindewohnungen, allesamt auf gutes Niveau renoviert. Bei einer alten Wohnanlage wurde kürzlich erst eine Million Euro in neue Balkone investiert, um die Wohnqualität zu verbessern.

Die Nachfrage nach Gemeindewohnungen ist groß, bis zu 120 Menschen stehen immer auf der



Kindergarten (vorne) und Volksschule (hinten) Kreuzeggergasse. Das neue BORG ist der Stolz des Bürgermeisters.



Warteliste der Stadt. Vom Wohnungsneubau hat sich die Stadtgemeinde mittlerweile völlig zurückgezogen.

Dworak: „Das überlassen wir nun den gemeinnützigen Genossenschaften, mit denen wir selbstverständlich eng zusammenarbeiten.“ Partner sind hier die Arthur Krupp, die Schwarzatal, die Mödlinger Genossenschaft, die SGN und die NBG. Die GED Wohnbau GmbH errichtet z.B. gerade in Pottschach eine neue hochmoderne Passivhauswohnanlage bestehend aus acht Doppel- und vier Einzelhäusern.

Dworak: „Grundstücke für den Wohnungsbau sind mittlerweile rar geworden, weil viele Baulandgrund-

stücke einfach nicht auf dem Markt sind. Aber aufgrund dieser angespannten Situation, dass so viele Grundstücke unbebaut sind, sind wir auf der Gemeinde mit der Umwidmung in neues Bauland sehr zurückhaltend. Und wenn doch umgewidmet wird, dann nur mit Bauzwang.“ Und der Preis? Nicht abgeschlossen kostet der Quadratmeter Baugrund in Ternitz zwischen 65 und 120 Euro.

Beim Wohnungsbau hat man hier alle Generationen gut im Blick: Derzeit werden in der Nähe des Rathauses in Zusammenarbeit mit der Heimstätte im Rahmen des Projektes Junges Wohnen 22 Startwohnungen für Junge errichtet. 20 sind

schon vor der Fertigstellung vergeben. Für Senioren gibt es mit Arthur Krupp und SeneCura zwei eigene Anlagen, nämlich betreubares Wohnen und Leben im Pflegeheim mit insgesamt 40 Wohneinheiten.

Kein Wunder, dass Ternitz schon jede Menge Auszeichnung eingeholt hat. Als seniorenfreundlich, familienfreundlich und Jugendgemeinde. Und Ternitz ist eine der wenigen ausgewiesenen e5 Gemeinden (derzeit schon mit drei e).

Städteplanerisch war Ternitz immer eine Herausforderung: durch die vielen kleinen Ortschaften, durch das Industriegelände im Herzen von Ternitz und durch Bausünden in der Vergangenheit. Erst Bür-

germeister Dworak gelang es, mit der Neugestaltung des Bereiches rund um das alte Herrenhaus, der Stadtpfarrkirche und der Stadthalle so etwas wie ein attraktives Stadtzentrum zu schaffen.

Auch finanziell steht die Gemeinde gut da. Das Budget im ord. Haushalt beträgt 35 Millionen Euro, der Rechnungsabschluss 2017 bescherte ein Plus von 200.000 Euro, die Einnahmen aus der Kommunal-Steuer belaufen sich aktuell auf drei Millionen Euro. Beiläufig 3.000 Jobs gibt es in Ternitz, Leitbetriebe sind die ehemaligen verstaatlichten VEW-Betriebe Schoeller Bleckmann Edelstahl Rohr (SBER) und Schoeller Bleckmann Ölfeldtechnik (SBO), die

am Weltmarkt reüssieren.

Der Gemeinderat ist traditionell fest in roter Hand. Derzeit: 26 SPÖ, 4 ÖVP, 4 FPÖ, 2 NEOS, 1 BLTZ. Das blieb für die EinwohnerInnen nicht ohne Folgen, die sozialdemokratische Handschrift ist deutlich erkennbar. Hier nur ein Auszug aus den vielen (Sozial)leistungen:

- + großzügige Förderungen im Vereinswesen (75 Vereine!)
- + schulische Nachmittagsbetreuung an allen Schulstandorten
- + gratis Nachhilfe: In den Sommermonaten bietet die Gemeinde kostenlose Intensivkurse für Deutsch, Mathematik, Englisch
- + sieben Kindergärten mit insgesamt 24 Gruppen

+ fünf Hort-Standorte mit insgesamt 16 Gruppen

+ eine Krabbelstube (in Zusammenarbeit mit der Volkshilfe)

+ Brennstoffaktion

+ Fonds für soziale Härtefälle

+ breit gefächerte Förderungen für Private im Umweltbereich (z.B.: Wärmeisolierung, Photovoltaikanlagen, E-Mobil-Kauf).

Apropos Alternative Energie: Ternitz verfügt über jede Menge Photovoltaikanlagen auf Gemeindegebäuden. Das Projekt wurde mit reger Bürgerbeteiligung (drei Prozent Zinsen!) in den Jahren 2015-2017 umgesetzt. Damit erzeugt die Stadt nun zwei Megawatt Strom. Und im größten Biomassekraftwerk Öster-

1 Auch der renommierte Künstler Robert Hammerstiel (im Bild im Gespräch mit Bgm. Dworak) ist ein Ternitzer.

2 Wildwasserkanal und Sportbecken im Freibad. 3 Panorama mit Stadtpfarrkirche, Hochhaus, Werksgelände.



1 Ein wunderbarer Blick auf alt Pottschach mit Kirche, Pfarrhof und Schloss.

2 FF Leistungsschau: Ternitz hat gleich 11 Feuerwehren 3 MV Pottschach mit Vize Samwald als „Trommelhund“.





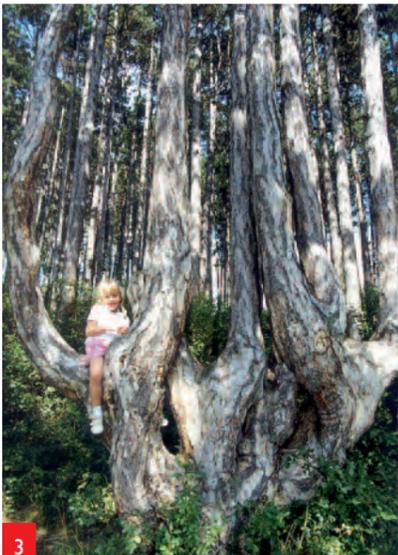
1



2



7



3

1 Feuerwerk zum Peterskirtag am Petersberg.

2 Start zum Stadtlauf. Ternitz bietet viele sportliche Möglichkeiten.

3 Naturphänomen und beliebtes Wanderziel: der Sesslerbaum.

4 Ternitz bietet einige Springbrunnen. Der hier steht im Zentrum,

5 Hochklassiges Volleyballmatch in der tollen Sporthalle.

6 Historische Stadtansicht mit Wald aus Schloten und Ackergaul.

7 Das neue Zentrum zwischen Kirche, Stadthalle und Café Fredo.

8 St. Johann mit Kirche und B26 Richtung Puchberg.



4

reichs, das ebenfalls in Ternitz betrieben wird, werden gar 28 Megawatt erzeugt.

Auch als Schulstandort konnte sich Ternitz in den vergangenen Jahren entwickeln. Heute verfügt die Stadt über fünf Volksschulen, zwei Neue Mittelschulen, ein Sonderpädagogisches Zentrum, ein Polytechnikum, eine Regionalmusikschule mit sechs (!) Außenstellen und eine Volkshochschule. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist ein BORG, das Dworak 2007 nach Ternitz holen konnte. Doch damit will sich der Bürgermeister noch nicht zufrieden geben: „Mein Le-

bensziel ist es, einen Fachhochschullehrgang nach Ternitz zu bringen. Um den AbsolventInnen unseres BORGs auch eine universitäre Ausbildungsschiene anbieten und um uns damit auch als Schulstadt noch weiter etablieren zu können.“

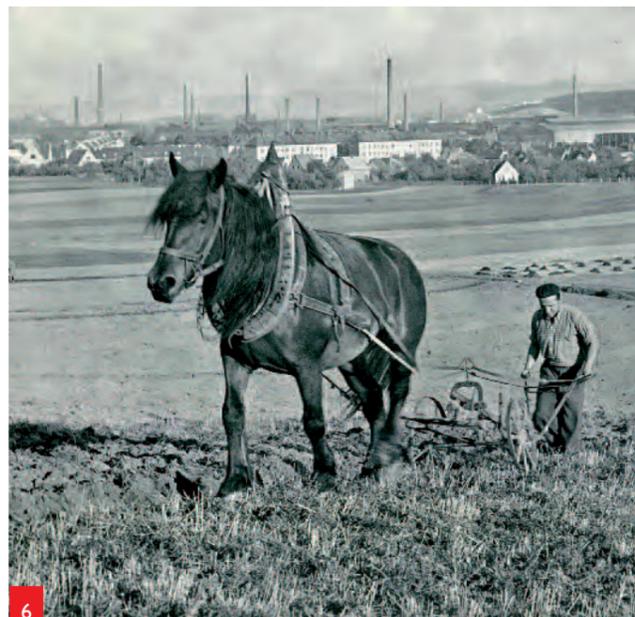
Und was hat der Bürgermeister in nächster Zeit noch für Projekte am Laufen? Dworak: „In Zusammenarbeit mit den ÖBB werden ab 2019 die zwei Südbahnkreuzungen in Pottschach und Rohrbach durch Unterführungen ersetzt. Kosten: 12 Millionen Euro. Die ASBÖ-Rettungsstelle wird um eine Million Euro neu gebaut und die NMS Ternitz wird ei-

nen Turnhallenneubau erhalten. Hier wird ein Schwerpunkt für den Turnsport gesetzt und die Halle entsprechend ausgestattet. Kosten: 3,6 Millionen Euro. Und nicht zu vergessen, dass bis 2023 300 neue Wohnungen errichtet werden.“

Die TernitzerInnen schätzen auch die tolle Landschaft ihrer Umgebung. Der Naturpark Sierningtal-Flatzer Wand liegt mit etwa der Hälfte seiner Fläche in den Europaschutzgebieten Nordöstliche Randalpen. Mit Verordnung der Landesregierung über die Landschaftsschutzgebiete vom 31. Januar 2006 wurde der Naturpark Sierningtal-



5



6

Fotos: Stadtgemeinde Ternitz, Günter Zottl (1)



8



Flatzer Wand als Schutzzone ausgewiesen.

Weitere Punkte, die Ternitz so lebenswert machen, sind großzügige Sport- und Spielstätten - wie ein großes Freibad (entworfen vom Stararchitekten Roland Rainer) inkl. 10m-Sprungturm, Rutsche, Wildwasserkanal, Beachvolleyplatz und riesiger Liegewiese; eine Sporthalle, ein Kunsteislaufplatz, zwei Fußballplätze (einer mit Sportstadion) und 15 Stockschieß-Anlagen. Nicht zu vergessen das umfangreiche kulturelle Angebot über eine einschlägige top Infrastruktur. Ternitz verfügt gleich über drei Veranstaltungshallen: die Stadthalle (ebenfalls ein Roland Rainer-Bau), das Kulturhaus

Pottschach und das Kulturhaus Flatz. Plus: Galerie im Herrenhaus.

Tipp: Ein echter Magnet für Besucher aus nah und fern ist der Peterskirtag. Jedes Jahr zu Peter und Paul am 29. Juni und dem darauf folgenden Sonntag wird in Dunkelstein am Petersberg nahe der Peterskirche Kirtag gehalten. Dieser Peterskirtag hat eine jahrhundertlange Tradition. Bereits 1632 sollen die Dunkelsteiner Kirchweihfeste zu Ehren des Heiligen Peter gegeben haben. Bis heute erfreut sich der Kirtag - der immer mit einem prächtigen Feuerwerk eröffnet wird - mit seinem riesigen traditionellen Markt und dem großen Vergnügungspark, größter Beliebtheit.

Der Peterskirtag samt Markt und Rummel zieht jedes Jahr zig-tausend Besucher an. Das Bild oben zeigt den Kirtag einmal aus der seltenen Vogelschau.



FACT-SHEET Ternitz

Größte Stadtgemeinde im Bezirk Neunkirchen, Industrieviertel.
EinwohnerInnen: 14.732, plus rd. 1.000 ZweitwohnsitzerInnen.
Katastralgemeinden: Dunkelstein, Flatz, Holzweg, Pottschach, Putzmannsdorf, Raglitz, Rohrbach, Sieding, St. Johann.

Fläche: 65,38 km² (davon 56,6% bewaldet), Seehöhe: 393m, höchster Punkt: Gösing, 898m.

Gemeinderat (37 Mandate):
26 SP, 4 VP, 4 FP, 2 NEOS, 1 BLTZ.

Besonderheiten:

Int. erfolgreiche Firmen, Leitbetriebe: die ehem. verstaatlichten VEW-Betriebe SBER und SBO.

Prosperierende Schul- und Sport-Gemeinde; Naturpark Sierningtal, Schloss Stixenstein, Ruine Dunkelstein; Stahlstadtmuseum; herausragende Sozialleistungen für die BürgerInnen; 750 Gemeindewohnungen; riesiges Freibad (Architekt: Roland Rainer) mit 10m-Turm Rutsche Wildwasserkanal und Beachvolleyplatz; Sporthalle, Stadion, Kunsteislaufplatz.

Stadthalle (Roland Rainer-Bau, Fassungsvermögen: 700), Kulturhaus Pottschach (Fassungsvermögen: 400), Kulturhaus Flatz (200).

Standort des größten Biomassekraftwerks Österreichs; jede Menge Photovoltaikanlagen auf Gemeindegebäuden.

Standesamt- und Staatsbürgerschaftsverband mit Nachbargemeinden.

Fotos: Günter Zottl



Kinderbetreuung ist sowohl in den Ferien als auch während der Schulzeit ein wichtiges Thema für Familien

KONTAKT

...für GemeindevertreterInnen:



Mag. Karola Grill-Haderer,
Leiterin Kinderhäuser
kids@noe-volkshilfe.at,
Tel. 02622 / 82200-6310
www.noe-volkshilfe.at/kids

Maßgeschneiderte Konzepte

Sicherstellung der Kinderbetreuung ist zentrale Aufgabe der Gemeinde. Die Arbeitswelt berufstätiger Eltern ist im Umbruch - in atemberaubendem Tempo. Eltern brauchen und erwarten ein umfassendes Kinderbetreuungskonzept in ihrer Gemeinde. Eine gewaltige Herausforderung für GemeinderätInnen.

Die Betreuung von 2 1/2- bis 6-jährigen Kindern in Kindergärten ist in NÖ gut ausgebaut. Aber das reicht bei weitem nicht. Berufstätige Eltern, voran Alleinerziehende, brauchen in ihrer Gemeinde Betreuungsplätze vor dem Kindergarten eintritt. Und sie brauchen Nachmittagsbetreuung für Schulkinder. 12 Wochen Schulferien können Eltern nicht mit ihren meist fünf Wochen Urlaub abdecken, wenn die Gemeinde nicht Ferienbetreuung anbietet. Ein umfassendes, auf den Bedarf von Eltern ausgerichtetes Kinderbetreuungskonzept umfasst:

Aufbau und Betrieb. Die Volkshilfe NÖ* schuf bisher mit mehr als 56 Gemeinden rund 2.500 Kinderbetreuungsplätze in NÖ und ist damit die größte private Anbieterin von institutioneller Kinderbetreuung in NÖ. Ein ExpertInnen-Team der Volkshilfe NÖ unterstützt Gemeinden zuerst beim Aufbau und danach beim Betrieb der Einrichtungen.

Die Handschrift der Gemeinde

beim Aufbau. Vor allem bei gegebenenfalls erforderlichen baulichen Maßnahmen sowie bei der Ausstattung werden auf Wunsch der Gemeinde ortsansässige Betriebe zur Anbotslegung eingeladen. Bei der Personalauswahl hat die Gemeinde ein Vorschlagsrecht und somit die Möglichkeit, Arbeitsplätze für ihre GemeindebürgerInnen vor Ort zu schaffen. Ganz besonders wichtig: Solange es noch keine kostenlose Kinderbetreuung in NÖ gibt, legt die Gemeinde die Elternbeiträge fest.

Die Handschrift der Volkshilfe NÖ beim Betrieb:



Gesicherte Qualität durch ISO-Zertifizierung. Höchste Qualität ist selbstverständlich. Das Qualitätsmanagement der Volkshilfe NÖ* wird jährlich durch die Quality Austria auditiert und wurde mit dem ISO-Zertifikat ausgezeichnet - als bis-

lang einzige Organisation im Bereich der Kinderbetreuung in NÖ.

Gütesiegel „Gesundes Kinderhaus“.

Übergewicht durch Bewegungsmangel und falsche Ernährung sowie psychische Belastungen unserer Kinder sind mittlerweile weit verbreitet. Die Volkshilfe NÖ* setzt deshalb einen Schwerpunkt bei der ganzheitlichen Gesundheitsförderung der betreuten Kinder, aber auch deren Eltern.

Der nächste Schritt: Wenn Sie für Ihre Gemeinde ein umfassendes Kinderbetreuungskonzept erstellen oder Lücken im bereits bestehenden Angebot schließen wollen, steht Ihnen das ExpertInnen-Team kostenlos zur Verfügung (Kontakt: siehe Kasten oben rechts).

Der nächste Schritt: Wenn Sie für Ihre Gemeinde ein umfassendes Kinderbetreuungskonzept erstellen oder Lücken im bereits bestehenden Angebot schließen wollen, steht Ihnen das ExpertInnen-Team kostenlos zur Verfügung (Kontakt: siehe Kasten oben rechts).

*Sämtliche Dienstleistungen werden durch die SERVICE MENSCH GmbH, gemeinnützige BetriebsgmbH und Tochter der Volkshilfe NÖ



von Mag.ª Sabine Blecha
Juristin des Verbandes

Datenschutz- Grundverordnung (DSGVO): Betroffenenrechte - Teil 3

Die DSGVO räumt Privatpersonen (den sog. Betroffenen) zusätzliche Rechte betreffend ihre personenbezogenen Daten ein. Aus diesen Rechten ergeben sich unmittelbare Pflichten, die auch die Gemeinde einzuhalten hat. Zudem wurden Fristen festgelegt, innerhalb derer den Verpflichtungen nachzukommen ist.

Sei es beim Kauf eines Produktes oder bei der Anmeldung in sozialen Netzwerken – Verbraucher sind stets dazu angehalten, ihre persönlichen Daten preiszugeben, ohne Kenntnis davon zu haben, was mit diesen Informationen eigentlich alles geschieht. Mit den sogenannten Betroffenenrechten in der neuen DSGVO können die Nutzer ihre personenbezogenen Daten künftig besser steuern.

Da ja der öffentliche Bereich von den Bußgeldforderungen bei der nationalen Umsetzung ausgenommen wurde, sind die momentanen Schärfen für die kommunalen Verwaltungen nicht die Bußgelder sondern vielmehr genau diese neuen Informationspflichten und die Auskunftsrechte, die die geänderte Rechtslage den Bürgern bringt. Betroffene haben jetzt mehr Rechte und das Bewusstsein dafür wird steigen. Wenn ab nun jemand wissen will, welche Daten über ihn gespeichert sind, dann muss die Gemeinde darüber Auskunft geben können, natürlich müssen die Daten grundsätzlich auch gelöscht werden können, soweit nicht ein besonderer Hinderungsgrund vorliegt.

Informationsrecht - Informationspflicht

Die DSGVO legt Informationspflichten gegenüber den Betroffenen fest. Demnach sind Betroffene darüber zu informieren, von wem, auf welcher Rechtsgrundlage und zu welchem Zweck ihre Daten verarbeitet und an wen sie übermittelt werden. Die Bürger haben daher das Recht auf detaillierte Informationen darüber, was mit ihren Angaben geschieht. Daher müssen sie zum Zeitpunkt der Datenerhebung Auskunft über den Zweck und die Dauer der Speicherung sowie die Kontaktdaten des Verantwortlichen der verarbeitenden Stelle erhalten (Informationspflichten). Jedes einzelne Betroffenenrecht, wie das Auskunfts- und Widerspruchsrecht, muss dem Nutzer dargelegt werden.

Auskunftsrecht

Der Betroffene kann in angemessenen Abständen Auskunft über die Verarbeitung seiner Daten verlangen, vor allem darüber, welche Daten verarbeitet werden, sowie über den Zweck, die geplante Dauer und den Empfänger. Wurden die Informationen nicht bei der betroffenen Person selbst erhoben, kann auch die Herkunft der Daten erfragt werden sowie ob dabei eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling vor-

liegt. Profiling wird genutzt, wenn persönliche Aspekte analysiert werden, z. B. werden Eigenschaften wie Alter, Geschlecht, Größe bewertet oder der Betroffene wird in eine Kategorie eingeordnet, um Vorhersagen über ihn zu treffen, selbst wenn keine Entscheidung getroffen wird.

Recht auf Löschung

Betroffene haben auch das Recht, die Löschung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen (Recht auf Vergessenwerden). Der Verantwortliche muss dem aber nur nachkommen, wenn die Datenspeicherung zum Erreichen des ursprünglichen Zwecks nicht mehr notwendig ist, der Betroffene seine Einwilligung in die Datenverarbeitung widerruft oder die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Die DSGVO räumt einem Betroffenen das Recht auf Datenübertragbarkeit ein. Hierdurch kann der Betroffene von einem Unternehmen verlangen, die von ihm bereitgestellten Daten „in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten“ als auch die Übermittlung dieser Informationen an ein anderes Unternehmen. Dadurch soll die Kontrolle der Nutzer über ihre au-

tomatisiert verarbeiteten Daten gestärkt werden (zB. Wechsel des Stromanbieters oder Erleichterung der Mitnahme von Fotos und ähnlichen persönlichen Angaben bei der Anmeldung in einem neuen sozialen Netzwerk).

Widerspruch, Berichtigung, Einschränkung

Das Widerspruchsrecht bietet die Möglichkeit, der Verarbeitung der eigenen Daten zu werblichen Zwecken zu widersprechen. Aufgrund des Rechts auf Berichtigung kann der Betroffene im Falle von falschen oder veralteten Informationen eine Richtigstellung vom Verantwortlichen verlangen. Nach dem Recht auf Einschränkung der Verarbeitung kann ein Betroffener vom Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, sodass unter bestimmten Voraussetzungen die personenbezogenen Daten beim Verantwortlichen gesperrt werden und somit nicht weiter verarbeitet werden können. Dies ist unter anderem möglich, wenn bspw. die Richtigkeit der Daten bestritten wird oder die Verarbeitung unrechtmäßig erfolgt.

Abwicklungsprozesse

Die neuen Informations- und Mitteilungspflichten, die durch die geänderte Rechtslage seitens der Gemeinde gegenüber betroffenen Bürgern bestehen, bedingen neue Abwicklungsprozesse. Um diese Informationen und Mitteilungen ordnungsgemäß abzuwickeln und sicherzustellen, sind sie in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache zu übermitteln.

Diese Mitteilungen erfolgen grundsätzlich in elektronischer Form, ansonsten in einer anderen geeigneten Art und Weise. Dem Betroffenen steht dabei auch das Recht zu, die Informationen münd-



lich einzufordern. Werden die Betroffenenrechte in elektronischer Form eingefordert, wird dies in der Regel auch in elektronischer Form bearbeitet. In jedem Fall muss durch Vorlage eines Identitätsnachweises (amtlicher Lichtbildausweis) sichergestellt werden, ob die Rechte auch von der dazu berechtigten Person ausgeübt werden (außer bei Amtsbekanntheit). Ist eine einwandfreie Identitätsfeststellung nicht möglich, werden dem Betroffenen bzw. Anfragenden keine Daten und Auskünfte herausgegeben oder erteilt, der Anfragende ist vielmehr aufzufordern, geeignete Identitätsnachweise vorzulegen.

Die Geltendmachung und Abwicklung eines Betroffenenrechts ist zu dokumentieren (welches Recht wird wann geltend gemacht, welche Daten wann herausgegeben, wie ist Identitätsüberprüfung erfolgt, war eine Identitätsfeststellung nicht möglich, warum nicht etc.). Eine allfällige Fristverlängerung ist zu dokumentieren. Diese Dokumentation wird für die Dauer von 3 Jahren in geeigneter Weise, sicher und vor Zugriff von unberechtigten Dritten geschützt, aufbewahrt.

Fristen

Den Betroffenenrechten wird

unverzüglich, längstens jedoch binnen eines Monats, nachgekommen; in besonderen Fällen (Komplexität, Anzahl von Betroffenenrechten) kann diese Frist um zwei Monaten verlängert werden. In diesem Fall wird der Betroffene rechtzeitig vor Ablauf der Monatsfrist in geeigneter Weise über die Fristverlängerung informiert. Wird der Geltendmachung der Betroffenenrechte nicht oder nicht vollständig nachgekommen, wird der Betroffene darüber informiert, dass er dagegen eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde in Wien einlegen oder gerichtliche Schritte ergreifen kann.

Kosten

Grundsätzlich ist den in berechtigter Weise geltend gemachten Betroffenenrechten unentgeltlich nachzukommen, in exzessiven oder offenkundig unbegründeten Anträgen kann allerdings entweder dem Antrag nachgekommen, dafür aber die tatsächlich entstandenen Kosten vorgeschrieben werden, oder die Erfüllung des Antrags abgelehnt werden.

Ganz generell gilt, dass auch die betroffene Person bei der Ausübung ihrer Betroffenenrechte in angemessener Weise und im zumutbaren Umfang mitzuwirken hat (Mitwirkungspflicht).

Fotos: z.V.g., © fotogestoeber - fotolia.com



von Mag.^a Dr. Ilse Gössinger
Merkur Treuhand Steuerberatung GmbH
www.merkurtreuhand.at

Airbnb & Co: Welche Abgabepflichten haben private Vermieter?

Vermietungsplattformen wie zB Airbnb boomen. Immer mehr Personen vermieten die eigenen vier Wände tage- oder wochenweise, zB während ihres Urlaubs. Welche Steuern und Abgaben haben private Anbieter zu beachten?

EINKOMMENSTEUER

Welcher Einkunftsart unterliegen die Einkünfte?

Je nach Art der Zimmer- bzw. Wohnungsvermietung unterliegt diese entweder:

- den Einkünften aus Gewerbebetrieb (betrieblich) oder
- den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung (außerbetrieblich, vermögensverwaltend)

Die Unterscheidung ist von Bedeutung, da die Art der Einkunfts- bzw. Gewinnermittlung unterschiedlich ist. Daneben sind auch noch Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft möglich, worauf hier nicht näher eingegangen wird.

Die tage- oder wochenweise Überlassung der eigenen privaten Wohnung, wobei idR auch die Bettwäsche und Handtücher bereitgestellt werden, führt zu Einkünften aus Vermietung und Verpachtung.

Auf die Abgrenzung zwischen rein vermögensverwaltender und gewerblicher Vermietung ist dennoch einzugehen, zumal Kurzzeitvermietungen über Plattformen wie Airbnb immer öfter auch anstelle von klassischen, längerfristigen Vermietungen zum Einsatz kommen.

Zu betrieblichen Einkünften führt eine Vermietung, wenn sie von größerem Umfang ist und über

eine reine Vermögensverwaltung hinausgeht. Die kurzfristige Vermietung von bis zu 5 Apartments ist nach Auffassung der Finanzverwaltung noch als Vermietung einzustufen. Bei der saisonalen Zimmervermietung gelten 10 Betten als Abgrenzungskriterium.

Betriebliche Einkünfte liegen auch vor, wenn die Vermietung über die reine Nutzungsüberlassung hinausgeht und Nebenleistungen erbracht werden, die als „gewerblich“ einzustufen sind. Wobei es auch auf den Umfang der Nebenleistungen ankommt.

Nachstehende Nebenleistungen sind idR vermögensverwaltend:

- Schneeräumung, Müllabfuhr
 - Zurverfügungstellung von Gemeinschaftsräumen, Waschküche, Sauna, Bad
 - Bereitstellung von Heizwärme und Warmwasser, Überprüfung der Heizfunktion
- Nachstehende Nebenleistungen sind bspw nach Auffassung der Finanzverwaltung „gewerblich“:
- Verpflegung der Mieter bei Vermietung von mehr als 10 Betten,
 - Tägliche Reinigung bei Vermietung von mehr als 10 Betten.

Wie sind die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung zu ermitteln?

Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sind durch Gegenüberstellung der Einnahmen und der Werbungskosten zu ermitteln.

Werbungskosten im Zusammenhang mit der Vermietung sind zB Ausgaben für Strom, Gas, Fremdfinanzierungskosten sowie Abschreibungen, soweit der Vermietung anteilig zurechenbar. Bei kurzfristigen Vermietungen können nach den EStR Werbungskosten auch pauschal in Höhe von 10% bis 50% der Einnahmen (ohne Umsatzsteuer u. Kurtaxe) angesetzt werden. Die Höhe ist abhängig von der Art der Vermietung (Apartments, Zimmer mit Frühstück) und ob der Mietgegenstand im Eigentum des Vermieters steht oder von ihm angemietet wird.

Wann muss eine Einkommensteuererklärung abgegeben werden?

Eine Einkommensteuererklärung ist u.a. abzugeben, wenn

- die Einkünfte aus der Vermietung mehr als 730 Euro betragen, daneben auch lohnsteuerpflichtige Einkünfte bezogen werden und das zu veranlagende Einkommen die Grenze von 12.000 Euro übersteigt.
- neben den Vermietungseinkünften keine lohnsteuerpflichtigen Einkünfte bezogen werden und das zu veranlagende Einkommen die

Grenze von 11.000 Euro übersteigt.

UMSATZSTEUER

Die Vermietung der eigenen Wohnung und Privatzimmervermietung unterliegt grundsätzlich der Umsatzsteuer. Wird die Unternehmereigenschaft durch die Aufnahme der Vermietungstätigkeit begründet, ist dies innerhalb eines Monats dem Finanzamt anzuzeigen.

Welcher Steuersatz kommt zur Anwendung?

Werden über die Raumüberlassung hinaus zusätzlich Leistungen (zB Reinigung, Heizung, Kühlung, Beleuchtung, Zurverfügungstellung von Bettwäsche und Handtüchern) erbracht, die es dem Gast ermöglichen, ohne umfangreiche eigene Vorkehrungen vorübergehend Aufenthalt zu nehmen, liegt umsatzsteuerlich eine Beherbergung in eingerichteten Wohn- und Schlafräumen vor.

Die Beherbergung samt der regelmäßig damit verbundenen Nebenleistungen unterliegt dem Umsatzsteuersatz von 13% (Ausnahme: Verabreichung eines ortsüblichen Frühstücks 10%).

NEU: Auf Beherbergungsumsätze, die nach dem 31. Okt. 2018 ausgeführt werden, kommt ein Steuersatz von 10% zur Anwendung.

Die bloße Vermietung für Wohnzwecke (keine Beherbergung) unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10% (ausgen. Heizkosten 20%).

Kleinunternehmerregelung

Als Kleinunternehmer gelten Unternehmer, deren Unternehmen im Inland betrieben wird, mit einem jährlichen Gesamtumsatz (auch aus anderen Tätigkeiten) von nicht mehr als EUR 30.000 (netto). Ihre



Umsätze sind von der Umsatzsteuer befreit, sie haben allerdings kein Recht auf Vorsteuerabzug. Innerhalb von fünf Jahren darf die Grenze von € 30.000 einmalig um max. 15 Prozent überschritten werden. Bestimmte Umsätze (zB aus Geschäftsveräußerung) sind in die Umsatzgrenze nicht einzubeziehen.

Achtung: Der Kleinunternehmer darf keine Umsatzsteuer in Rechnung stellen. Andernfalls schuldet er diese kraft Rechnungslegung.

Kleinunternehmer sind grundsätzlich von der Verpflichtung zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung befreit.

Auf die Steuerbefreiung für Kleinunternehmer kann verzichtet werden, der Verzicht bindet für die nächsten fünf Jahre.

TOURISMUSABGABEN IN NÖ

werden von den Gemeinden eingehoben. In Bezug auf Online-Plattformen sind spezielle Meldepflichten zu beachten. Bereits die Registrierung bei einem Online-Dienstanbieter ist der Gemeinde, in der die Gästeunterkunft gelegen ist, unverzüglich (binnen 3 Tagen) schriftlich zu melden, weiters die tatsächlich erfolgte Beherbergung ab dem ersten Tag. Das Unterlassen letzterer Meldung kann mit einer Geldstrafe bestraft werden.

Exkurs: Auf Meldepflichten nach

der bundesweiten Tourismusstatistik-VO 2002 sowie nach dem Meldegesetz (Führung eines Gästeverzeichnis, Anmeldung des Gastes binnen 24 Stunden, Abmeldung bei Abreise) wird verwiesen.

Nächtigungstaxe

Gästenächtigungen im Rahmen der Vermietung von Wohnungen bzw. Zimmern auf Online-

Plattformen unterliegen grundsätzlich der Nächtigungstaxe. Deren Höhe ist abhängig von der Ortsklasse, in welche die jeweilige Gemeinde eingestuft ist.

Die Nächtigungstaxe ist auf der Rechnung gesondert auszuweisen, vom Gast spätestens am Tag nach der letzten Nächtigung einzuheben und an die Gemeinde bis zum 15. des jew. Folgemonats abzuführen.

Interessentenbeitrag

Bei der Vermietung von Wohnraum für touristische Zwecke ist ein Interessentenbeitrag zu entrichten. Dieser wird grundsätzlich vom Jahresumsatz des zweitvorangegangenen Kalenderjahres bemessen. Als Jahresumsatz gilt die Summe der eingenommenen Nächtigungs- und Verpflegungsentgelte (ohne Umsatzsteuer). Bis 31. Mai eines jeden Jahres ist bei der Gemeinde eine Abgabenerklärung über den Umsatz abzugeben. Diese setzt anschließend den Interessentenbeitrag mittels Bescheid fest.

AUFZEICHNUNGSPFLICHTEN

Auf zahlreiche Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten für Zwecke der Einkommensteuer, Umsatzsteuer, nach dem NÖ Tourismusgesetz, Meldegesetz etc wird nur verwiesen.

Für individuelle Beratung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Fotos: z.V.g., @freephotoscc

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in NÖ, Hans Czettel Platz 1, 2630 Ternitz

Präsident: Bgm. Rupert Dworak

Geschäftsführer: StR Mag. Ewald Buschenreiter

Redaktion: Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten

Chefredaktion: Hellfried Mayer (hmayer@gvvnoe.at)

Fachbeiträge dieser Ausgabe: Mag.^a Sabine Blecha, Mag.^a Dr. Ilse Gössinger

Anzeigenannahme: Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at

Druck: Mangold & Kovac